



## Mit Impfungen das Coronavirus besiegen

Union appelliert an Impfbereitschaft der Menschen – Spahn gibt Regierungserklärung ab

Impfen ist der Weg aus der Corona-Pandemie. In einer Bundestagsdebatte zur Regierungserklärung von Bundesgesundheitsminister Jens Spahn appellierten daher Abgeordnete der CDU/CSU-Bundestagsfraktion an die Impfbereitschaft der Menschen.

Bundesgesundheitsminister Spahn betonte in seiner Regierungserklärung, nur wenn die Menschen impfbereit seien, könne man das Virus besiegen. Seit dem Beginn der Impfkampagne sehe man „Licht am Ende des Tunnels“. Obwohl Deutschland angesichts der noch immer hohen Infektions- und Todeszahlen in der schwersten Phase der Pandemie stecke, „erleben wir



Foto: DBT/Simone M. Neumann

eine Zeit der Zuversicht“.

Seite 2



**Heute und morgen findet der digitale CDU - Bundesparteitag statt, auf dem wir einen neuen Bundesvorsitzenden wählen wollen. Folgen Sie der Veranstaltung auf [www.cdu-parteitag.de](http://www.cdu-parteitag.de)! Phönix und andere TV-Sender übertragen ab heute 18.00 Uhr.**

## 625.000 Euro Förderung für Laupheimer Museum zur Geschichte von Christen und Juden

Josef Rief freut sich über die Fördernachricht über 625.000 Euro aus dem Kulturhaushalt des Bundes zur Förderung einer neuen Dauerausstellung des Laupheimer Museums zur Geschichte von Christen und Juden im Schloss Großlaupheim. Er konnte dem Laupheimer Rathaus die gute Nachricht bereits überbringen.

„Für unsere ganze Region ist der Bundeszuschuss eine sehr gute Nachricht zum Jahresanfang. Gerade in diesen schwierigen Zeiten, in denen Museen durch die Schließungen Eintrittsgelder entgehen, sind solche Zuschüsse besonders wichtig. Wir haben im Haushaltsausschuss des Bundestages dafür gesorgt, dass auch im Kulturbereich die Mittel in der Corona-Krise erhöht werden. Ich hoffe, dass wir mit den Geldern insgesamt der Kultur über diese schwere Zeit helfen können“, so Josef Rief.

Mit dem Programm für „Investitionen für nationale Kultureinrichtungen in Deutschland“ fördert der Bund bedeutende Kultureinrichtungen und Institutionen, die



Foto: 4028mdk09 [CC BY-SA 3.0](https://creativecommons.org/licenses/by-sa/3.0/)

prägend für das nationale Kulturerbe sind. Mit dem Programm wird die kulturelle Infrastruktur der einzelnen Regionen in Deutschland gestärkt, was dazu beiträgt, auch abseits der Metropolen gleichwertige Lebensverhältnisse zu schaffen. ■

Besuchen Sie Josef Rief auch auf seiner Homepage, bei Facebook und auf Instagram!



## Fortsetzung von Seite 1 Regierungserklärung

Der stellvertretende Fraktionsvorsitzende Georg Nüßlein sagte, man müsse dahin kommen, dass „alle miteinander zügig und schnell geimpft werden“. Der CSU-Politiker rief vor allem die Beschäftigten im medizinischen und im pflegerischen Bereich eindringlich auf, sich impfen zu lassen. Das gebiete der Respekt vor den verletzlichen Gruppen, die ihnen anvertraut seien, aber auch die Solidarität mit den Kollegen, die einspringen müssten, falls jemand wegen einer Covid-Erkrankung ausfalle.

Der Vorsitzende des Gesundheitsausschusses, Erwin Rüdell, sagte, Impfen sei der Weg, die Infektions- und Todeszahlen zu senken sowie das Ende des gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Lockdowns herbeizuführen. Beide – Nüßlein und Rüdell – stellten indes klar, dass niemand in Deutschland zu einer Impfung gezwungen werde.

Weil der Impfstoff auf absehbare Zeit noch ein knappes Gut ist, hatte die Koalition eine Priorisierung beschlossen. Seit dem 27. Dezember werden zunächst ältere Menschen und die Beschäftigten im medizinischen Bereich geimpft. Bislang haben rund 750.000 Bürgerinnen und Bürger die erste Impfung erhalten, vorzugsweise in Alten- und Pflegeheimen über mobile Impfteams. Danach wird sich das Impfgeschehen stärker in die Impfzentren verlagern. Einen großen Teil der Bevölkerung müsse man jedoch noch „um Geduld bitten“, sagte Spahn. Voraussichtlich im Sommer könne man „allen ein Impfangebot machen“.

Der Grund für die Knappheit sind nach Aussage des

Ministers fehlende Produktionskapazitäten, nicht fehlende Verträge. Spahn begegnete damit dem Vorwurf, die EU hätte nicht in ausreichendem Maße Impfstoff bestellt, als die Erforschung und Erprobung der Impfstoffkandidaten noch im Gange war. In der EU sind bislang zwei Corona-Impfstoffe zugelassen, der des Mainzer Unternehmens BioNTech in Zusammenarbeit mit Pfizer und der des US-Unternehmens Moderna. Mit weiteren Zulassungen wird bald gerechnet. BioNTech/Pfizer haben die Ausweitung der Produktion schon für Februar angekündigt.

Auch Karin Maag wandte sich gegen den Vorwurf des Missmanagements in der Corona-Krise. „Es gibt kein Impfchaos“, sagte sie. Wo die Organisation anfangs nicht optimal gelaufen sei, werde man täglich besser. Deutschland habe viel für die Ausweitung der Produktionskapazitäten getan. Wer aber meine, ein Impfstoff lasse sich so leicht herstellen wie eine Kopfschmerztablette, habe unrealistische Vorstellungen.

Mit deutlichen Worten wandte Spahn sich gegen einen Impfnationalismus. „Kein Land, keine Partei, keine Regierung kann allein dieses Virus besiegen. Es geht nur gemeinsam“, rief er den Abgeordneten zu. Sicher hätten große EU-Länder wie Deutschland und Frankreich auch gesondert Verträge mit den Pharma-Herstellern abschließen können. Ein Alleingang würde aber mit Blick auf den europäischen Binnenmarkt „handfeste negative Folgen“ zeitigen. Außerdem würde er Vertrauen in Europa zerstört. Dass Europa zusammenwachse, liege aber im ökonomischen, politischen und sozialen Interesse Deutschlands. ■

## Bundestag debattiert Lehren aus dem Sturm auf das Kapitol in den USA

Eine Woche nach dem Sturm auf das Kapitol in Washington hat der Bundestag darüber debattiert, wie Demokratie und Rechtsstaatlichkeit in Deutschland und weltweit gestärkt werden können. „Wehret den Anfängen!“, mahnte der stellvertretende Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Johann David Wadepful, mit Blick auf die Geschichte. Er warb für einen Schulterschluss mit der neuen amerikanischen Führung unter Joe Biden und Kamala Harris, die am 20. Januar ihre Ämter antreten.

Die aktuelle Stunde war auf Antrag der Fraktionen von CDU/CSU und SPD einberufen worden, die sich besorgt zeigten, dass ähnliche Verhältnisse wie in den USA unter dem noch amtierenden Präsidenten Donald

Trump auf Europa überschwappen könnten. Der außenpolitische Sprecher der Unionsfraktion, Jürgen Hardt, warnte davor zu glauben, dass Deutschland vor solchen Entwicklungen gefeit sei. Auch hierzulande gebe es eine Flut von Falschinformationen, auch hierzulande greife Populismus um sich.

Hardt verwies darauf, dass Anhänger der sogenannten Querdenker-Bewegung bei einer Demonstration im August auf die Stufen des Reichstags in Berlin vorgezogen waren. Eine Diffamierung des demokratischen Rechtsstaates werde man in Deutschland nicht mehr zulassen, warnte auch Wadepful die AfD. Hardt bemängelte scharf, dass aus den Reihen der AfD Täter zu Opfern stilisiert würden. Das Amtsenthebungsverfahren gegen den scheidenden Präsidenten Trump nannte der außenpolitische Sprecher absolut gerechtfertigt. ■